

Nr. **XIX. GP-NR**
951 IJ
1995 -04- 07

ANFRAGE

der Abgeordneten Doris Bures, DDr. Niederwieser
und Genossen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Ferialarbeit

Gegenwärtig und in den nächsten Monaten werden wieder hunderttausende Schülerinnen und Schüler für einige Wochen während der Sommermonate eine Ferialarbeit suchen. Für einen Teil ist dies Arbeit als Einkommensquelle, für eine große Zahl stellt dies aber auch einen verpflichtenden Teil der schulischen Ausbildung dar, sehen doch immer mehr Lehrpläne verpflichtende (Ferial)Praktika vor. Dasselbe gilt für eine Reihe von Studienvorschriften für Studenten. Für alle bedeutet dies eine oftmals erstes und wichtiges Erfahren der Arbeitswelt.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, daß das Anbieten von solchen Stellen gleichermaßen eine Aufgabe für die privaten Betriebe, wie auch für die Unternehmungen im öffentlichen Einflußbereich und die Dienststellen, Ämter und Einrichtungen der öffentlichen Hand selbst darstellt.

Dabei ist immer auch darauf zu achten, daß diese Stellen - soweit sie Ausbildungszwecken dienen - nicht nur zur Abdeckung urlaubsbedingter Personalengpässe verwendet werden dürfen, sondern auch dem Ausbildungszweck als Teil des Lehrplanes gerecht werden müssen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die folgende

Anfrage:

1. Welche Aktivitäten werden im Bereich Ihres Ressorts gesetzt, um jungen Menschen Stellen für Praktika oder Ferialarbeit anbieten zu können?
2. Wieviele solche Stellen für Ferialarbeit oder Ferialpraktika sind für den Sommer 1995 in Aussicht genommen?

3. Erfolgt die Anstellung im Rahmen befristeter Dienstverhältnisse?
4. Wenn zu Frage 3 Nein - in welcher Form bzw. nach welchen arbeitsrechtlichen Regelungen erfolgt die Anstellung?
5. Durch welche Maßnahmen ist sichergestellt, daß auch auf den Ausbildungszweck Rücksicht genommen wird?
6. Zunehmend ist auch ein Interesse an Auslandspraktika feststellbar. Bestehen im Bereich Ihres Ressorts Initiativen zur Förderung eines zumindest EU-weiten Praktikantenaustauschs?